Begründung zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Fintlandsmoor und Dänikhorster Moor“ in den Gemeinden Edewecht, Bad Zwischenahn und der Stadt Westerstede im Landkreis Ammerland

Rechtliche Grundlagen

Grundlage für die Ausweisung dieses Naturschutzgebietes (im Weiteren als "NSG" bezeichnet) ist die EU-Richtlinie 92/43/EWG (FFH-Richtlinie) des Rates vom 21.05.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. EG Nr. L 206 S. 7; 1996 Nr. L 59 S. 63), zuletzt geändert durch die Richtlinie 2013/17/EU des Rates vom 13.05.2013 (Abl. EG Nr. L 158, S. 193). Diese verfolgt das Ziel, ein kohärentes (zusammenhängendes), europäisches, ökologisches Netz - Natura 2000 - zu schaffen.

Mit der Ausweisung des NSG Fintlandsmoor und Dänikhorster Moor wird dieser Richtlinie sowie der aus § 32 Absätze 1 und 2 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (BNatSchG) folgenden Pflicht entsprochen, das Gebiet zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft zu erklären und damit unter besonderen Schutz zu stellen.

Bisher ist das Gebiet überwiegend durch die Naturschutzgebietsverordnungen (Fintlandsmoor vom 29.09.1987 und Dänikhorster Moor vom 29.09.1987) geschützt. Naturschutzgebiete sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft

1. zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung von Lebensstätten, Biotopen oder Lebensgemeinschaften bestimmter wildlebender Tier- und Pflanzenarten,
2. aus wissenschaftlichen, naturschutzgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder
3. wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit erforderlich ist (§ 23 BNatSchG).

Aufgrund der hohen Empfindlichkeit und besonderen Schutzbedürftigkeit der vorkommenden Lebensraumtypen sowie der vorkommenden Pflanzen- und Tiergemeinschaften wird daher der Schutzstatus eines Naturschutzgebietes beibehalten.

Zu § 1: Naturschutzgebiet

Ein Teil des Naturschutzgebietes ist Bestandteil des Fauna-Flora-Habitat-Gebietes (FFH-Gebietes) 236 "Fintlandsmoor und Dänikhorster Moor". Das FFH-Gebiet ist Teil der Meldungen des Landes Niedersachsen über das Bundesumweltministerium an die Europäische Union.

Die Grenzziehung des NSG ergibt sich überwiegend aus den präzisierten Grenzen für das FFH-Gebiet 236 "Fintlandsmoor und Dänikhorster Moor". Das NSG wurde über die Grenzen des FFH-Gebiets hinaus um den Verbindungskorridor (Grünlandblock) zwischen den

Hochmoorlebensräumen erweitert. Die Außengrenzen des NSG orientieren sich an Flurstücksgrenzen und Straßenverläufen.

Die konkreten Grenzverläufe sind den gemäß § 1 Absatz 3 beigefügten Kartendarstellungen in den Maßstäben 1 : 15.000 und 1 : 25.000 zu entnehmen. In der mitveröffentlichten Übersichtskarte ist die Teilfläche des NSG, die im FFH-Gebiet liegt und der Umsetzung der FFH-Richtlinie dient, schraffiert gekennzeichnet.

Das NSG gliedert sich in drei Gebietsteile: Im Norden das "Fintlandsmoor" (Fintlandsmoor -West und -Ost), im Süden das "Dänikhorster Moor" (Dänikhorster Moor -Nord und -Süd) und der beide Moore verbindende Grünlandblock zwischen den Teilbereichen Fintlandsmoor und Dänikhorster Moor.

Zu § 2: Schutzzweck

Zu § 2 Absatz 1:

Absatz 1 enthält eine Beschreibung des Gebietes innerhalb des Schutzzwecks.

Diese Beschreibung der wichtigsten ökologischen Eigenschaften des gesamten Schutzgebietes soll die Bedeutung des Gebietes hervorheben.

Der Grünlandblock zwischen den Teilgebieten "Dänikhorster Moor" und "Fintlandsmoor" werden in das NSG einbezogen, da diese Flächen in die Wiedervernässung dieser Teilgebiete mit einbezogen werden sollen. Dadurch wird die Wiederherstellung einer funktionalen und räumlichen Verbindung zwischen den naturschutzwürdigen Hochmoorteilen vollzogen.

Zu § 2 Absatz 2 bis Absatz 4:

Das NSG dient in seiner Gesamtheit der Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Lebensstätten, Biotopen und Lebensgemeinschaften charakteristischer Tier- und Pflanzenarten. Darüber hinaus soll mit Natura 2000 ein für ganz Europa repräsentatives System von Lebensräumen mit repräsentativen Tier- und Pflanzenarten in ihrer jeweiligen naturräumlichen Einbindung entstehen. Wo Lebensräume und Arten besonders charakteristisch vertreten sind, besteht eine besondere Verantwortung für deren Erhaltung. Das führt dazu, dass alle Gebiete eine spezifische Eigenart haben, auf die gezielt einzugehen ist. Diese spezifischen Eigenarten, die jeweiligen Lebensraumtypen und die charakteristischen Tier- und Pflanzenarten werden im Schutzzweck der Verordnung dargelegt. Dies erfolgt auf Grundlage des sogenannten Standarddatenbogens, der für jedes Natura 2000-Gebiet erstellt wird. Der Standarddatenbogen enthält Informationen und kartografische Darstellungen in analoger und digitaler Form, wie die wesentlichen naturräumlichen Merkmale und Parameter des Gebietes sowie die in dem Gebiet vorkommenden Lebensraumtypen und Tier- und Pflanzenarten. Darüber hinaus werden die Basiserfassung und deren Beschreibung des FFH-Gebietes zugrunde gelegt. Die Basiserfassung beinhaltet eine Bestandsaufnahme des Gebietes mit Erfassung der Biotoptypen, der FFH-Lebensraumtypen, deren Erhaltungszuständen und der Flora nach landesweit einheitlichen Kriterien und Vorgehensweisen. Daraus abgeleitet sind der allgemeine Schutzzweck und die Erhaltungsziele festgelegt worden, die direkt und existenziell miteinander verbunden sind.

Der allgemeine Schutzzweck im Absatz 2 formuliert darauf aufbauend die gesamtheitlichen Ziele für das Naturschutzgebiet. Beschrieben werden die funktionalen Zusammen-

hänge, die Vernetzung der Moorflächen untereinander, die standörtlichen Verhältnisse sowie die Ruhe und Ungestörtheit des Gebietes (Buchstaben a) - m) Hierzu gehört auch die in Absatz 3 getroffenen Aussage, dass die Unterschutzstellung der Erhaltung des Gebietes gemäß der FFH-Richtlinie dient.

Die Erhaltungsziele im Absatz 4 dienen im Wesentlichen der Erhaltung und Förderung der. der prioritären Lebensraumtypen (nach Anhang I FFH-Richtlinie) 91D0* - Moorwälder und den übrigen Lebensraumtypen (nach Anhang I FFH-Richtlinie) 3160 - Dystrophe Stillgewässer, 7120 - Renaturierungsfähige degradierte Hochmoore und 7150 - Torfmoor-Schlenken mit Schnabelried-Gesellschaften mit ihren charakteristischen Tier- und Pflanzenarten.

Für die genannten Lebensraumtypen und die damit zusammenhängenden Tier- und Pflanzenarten ist es existenzielle Voraussetzung, dass die vielfältigen Biotopstrukturen gesichert und langfristig erhalten bleiben. Für die prioritären und übrigen Lebensraumtypen sind die speziellen Erhaltungsziele für den einzelnen Lebensraumtyp in Absatz 4 Ziffer 1 und 2 dargestellt. Diese leiten sich aus den Biotoptypen, deren Lebensraumsprüchen, der Verbreitung und der Bestandssituation ab, die Bestandteil der niedersächsischen Strategie für den Arten- und Biotopschutz sind.

Zu § 3 Verbote

In NSG sind nach Maßgabe näherer Bestimmungen alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des NSG oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 23 Absatz 2 BNatSchG). Dies ist als generelles Veränderungsverbot zu verstehen, welches sich nicht nur auf Handlungen im NSG beziehen, sondern auch auf solche, die von außen in das Gebiet hineinwirken und eine Zerstörung, Beschädigung, Veränderung oder nachhaltige Störung verursachen können. Diese Handlungen und Maßnahmen ergeben sich beispielhaft aus § 3 Absatz 3 der Verordnung. Die Benennung konkreter, aber nicht abschließender Verbotstatbestände dient der Verständlichkeit des generellen Veränderungsverbot und der Transparenz. Die Verbote dienen dem Schutz der Lebensraumtypen und ihrer charakteristischen Pflanzen- und Tierarten sowie der Erhaltung des Lebensraumes.

Zu § 3 Absatz 1:

Außerhalb der gekennzeichneten Wege ist das Betreten des NSG verboten. Dies gilt auch für Geocaching. Durch das Betretungsverbot wird die Ungestörtheit des Schutzgebietes gesichert, insbesondere Schutz vor Freizeitstörung.

Zu § 3 Absatz 2:

Das NSG ist Rückzugsraum für störungsempfindliche Tierarten. Diese Regelung bezieht sich auf den Schutzgebietsteil Dänikhorster Moor, in dem Kraniche, die zu den empfindlichen Arten gehören, brüten.

Zu § 3 Absatz 3 Pkt. 10:

Im NSG befindliche wiedervernässte Flächen sind nährstoffarm, weisen einen niedrigen pH-Wert und geringen Fischbestand auf. Sie wären fischereilich nur durch gewässerändernde Maßnahmen, z. B. durch Nährstoffeintrag oder Kalkung, nutzbar. Dieses steht der Erhaltung und der Entwicklung eines günstigen Erhaltungszustandes entgegen.

Zu § 4: Freistellungen

Bestimmte Handlungen bzw. Maßnahmen können im NSG freigestellt werden. Freistellungen müssen sich allerdings vor dem Hintergrund des strengen Schutzes nach § 23 BNatSchG begründen lassen. Soweit bestehende Nutzungen freigestellt sind, lässt sich dies mit deren bestehenden Genehmigungen oder gesetzlichen Rahmenbedingungen begründen. Die Ausführungen dienen der Konkretisierung der Freistellungen.

Zu § 4 Absatz 2 Pkt. 1 Buchstaben a)- c)

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten sind vom Betretungsverbot zur rechtmäßigen Nutzung oder Bewirtschaftung freigestellt. Bedienstete der Naturschutzbehörden sowie deren Beauftragte erfahren keine Einschränkungen bei dem Betreten des Gebietes, das zur Pflege und Entwicklung des NSG sowie zur Kontrolle des rechtmäßigen Zustandes erforderlich ist. Dies erfolgt in Kenntnis des Schutzzweckes, der besonderen Empfindlichkeiten des Gebietes. Die Freistellung gilt ebenfalls für Bedienstete anderer Behörden.

Zu § 4 Absatz 2 Pkt. 1 Buchstaben d)- e)

Die Durchführung von Maßnahmen dieser Behörden sowie von Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung des Gebietes einschließlich der wissenschaftlichen Untersuchung und Erforschung bedürfen, wenn sie nicht im Auftrag der zuständigen Naturschutzbehörde durchgeführt werden, der vorherigen Anzeige oder Zustimmung bei der Naturschutzbehörde. Dies stellt sicher, dass diese Maßnahmen auf den Schutzzweck des NSG abgestimmt sind.

Zu § 4 Absatz 2 Pkt. 5:

Die Unterhaltung von Straßen und Wegen ist im bisherigen Umfang freigestellt. Eine Änderung der Befestigungsart, eine Verbreiterung oder ein Ausbau und die Wiederherstellung ungenutzter Wegeparzellen sind nicht zulässig. Standortfremdes Material darf nicht verwendet werden, damit die natürlichen Eigenarten der Moorböden erhalten bleiben.

Bei allen Unterhaltungsarbeiten an den vorhandenen Straßen und Wegen ist zu berücksichtigen, dass der Rückschnitt von Gehölzen aufgrund des allgemeinen gesetzlichen Arten- und Biotopschutzes nur in der Zeit von Oktober bis Februar (§ 39 BNatSchG) zulässig ist.

Zu § 4 Absatz 2 Pkt.6:

Freigestellt ist die ordnungsgemäße Gewässerunterhaltung der Gewässer II. und III. Ordnung, die durch die Ammerländer Wasseracht unterhalten werden. Dies ist zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Wasserabflusses erforderlich.

Zu § 4 Absatz 2 Pkt.7:

Freigestellt ist die Nutzung und Unterhaltung bestehender rechtmäßiger Anlagen und Einrichtungen. Hierzu gehören z. B. Ver- und Entsorgungsanlagen, Freileitungen und Grundwassermessstellen. Die Instandsetzung ist vier Wochen vor Beginn der Maßnahme bei der zuständigen Naturschutzbehörde anzuzeigen. Dies stellt sicher, dass diese Maßnahmen auf den Schutzzweck des Naturschutzgebietes abgestimmt werden.

Zu § 4 Absatz 3:

Die Freistellungen gelten allgemein für die landwirtschaftliche Bodennutzung. Hierunter ist auch die landwirtschaftliche Bodennutzung der Privatflächen erfasst.

Die Landwirtschaft innerhalb des NSG beschränkt sich auf die Grünlandflächen innerhalb des Grünlandblocks (siehe VO-Karte) und in den Randbereichen des Dänikhorster Moores und des Fintlandsmoores. Durch die Verordnung sollen die Erhaltung der Grünlandflächen und in dem Zusammenhang auch des Landschaftsbildes, der Schutz und die Entwicklung der Grünlandvegetation, die Pufferfunktion zu den angrenzenden Moorbereichen und die Brut- und Rastfunktion für verschiedene Tierarten sichergestellt werden.

Der vorgesehene Grundschutz des Grünlandes auf den Privatflächen kann durch Angebote des Vertragsnaturschutzes ergänzt werden.

Zu § 4 Absatz 3 Pkt.1:

Freigestellt ist die natur- und landschaftsverträgliche landwirtschaftliche Nutzung als Grünland ohne Umbruch in Acker. Dies stellt die unter § 4 Absatz 3 der Begründung dargestellten Funktionen des Grünlandes sicher. Zum Erhalt krautreicher Flächen und des Feinreliefs ist eine Erneuerung der Grasnarbe durch Umbruch oder die Umwandlung von Grünland in Sandmisch- oder Sanddeckkulturen sowie die Veränderung des Bodenreliefs nicht zulässig. Das Verbot der Anlage zusätzlicher Entwässerungseinrichtungen, von Mieten, von Erdsilos und das Liegenlassen von Mähgut tragen zur Erhaltung artenreicher Grünlandflächen bei.

Verboten ist die Aufbringung von Kot aus der Geflügelhaltung, da es zur Anreicherung von stickstoffhaltigen Verbindungen (z. B. Ammoniak) im Boden und der Luft kommen kann. Lebensraumtypen angrenzender nährstoffarmer Flächen können dadurch in ihrem Erhalt und ihrer Entwicklung beeinträchtigt werden. Das Aufbringen von Gülle ist ebenfalls verboten. Gülle fördert die schnellere Mineralisierung, da das Bodenleben zum Abbau gebundener Stickstoffverbindungen angeregt wird.

Eine Beweidung in den Wintermonaten ist ebenfalls verboten, um eine Zerstörung der Vegetationsdecke zu verhindern. Die Beweidung ist auf 3 Tiere pro ha beschränkt, um den Nährstoffeintrag zu reduzieren.

Zu § 4 Absatz 3 Pkt.2:

Der Einsatz von Pflanzenbehandlungsmitteln ist nicht uneingeschränkt freigestellt, da diese die Grünlandflächen kennzeichnenden Pflanzenarten mit geringem Futterwert bzw. geringen Nährstoffansprüchen (vor allem Kräuter und Gräser, wie z. B. Weißklee, Kriechender Hahnenfuß) und daran angepasste Tierarten (z. B. Insekten) beeinträchtigen können.

Vorbehaltlich der Zustimmung der Unteren Naturschutzbehörde besteht die Möglichkeit Pflanzenbehandlungsmittel einzusetzen, wenn Pflanzenarten wie z. B. der Große Ampfer sich flächig ausgebreitet haben und eine andere Beseitigung nicht mehr möglich ist.

Zu § 4 Absatz 3 Pkt.3:

Der Einsatz von mineralischem Dünger und Rindermist auf den Grünlandflächen in einer geringen Dosis ist freigestellt, um die starke Ausbreitung von Pflanzenarten mit geringem Futterwert wie Binsen zu verhindern.

Zu § 4 Absatz 3 Pkt.4:

Die Umwandlung der im Gebiet vorhandenen Baumschulfläche in Grünland ist erwünscht und daher freigestellt. Die anschließende Bewirtschaftung gemäß den Ausführungen zu

§ 4 Absatz 3 Ziffer 1 stellt eine natur- und landschaftsverträgliche landwirtschaftliche Nutzung dar.

Zu § 4 Absatz 3 Pkt.5:

Freigestellt ist die Unterhaltung und Instandsetzung bestehender Weidezäune und Viehtränken sowie deren Neuerrichtung in ortsüblicher Art und Weise, da sie für eine landwirtschaftliche Nutzung der Flächen erforderlich ist. Feste Weidezäune werden grundsätzlich ortsüblich unter Verwendung von Eichenspaltpfählen und Glattdraht errichtet. Viehtränken können als Tränkebecken oder als mobile Viehtränken installiert werden.

Zu § 4 Absatz 3 Pkt.6:

Die Beweidung zur Offenhaltung und Pflege der Heide- und Moorflächen dient der Erhaltung und Entwicklung des Gebietes. Zur Pflege eignen sich aufgrund des moorigen Untergrundes und der vernässten Bereiche insbesondere Schafe und Ziegen. Ziegen sorgen zudem durch Verbiss für den Rückgang von Gehölzen. Die vorherige Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde stellt sicher, dass diese Maßnahmen auf den Schutzzweck des NSG abgestimmt sind.

Zu § 4 Absatz 4:

Im Naturschutzgebiet dürfen nur mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde kleinflächig Gehölze entnommen werden, eine wirtschaftliche Nutzung ist auf den Flächen nicht sinnvoll.

Im NSG befinden sich ausschließlich Moorbirkenwaldflächen, die forstwirtschaftlich keine besondere Bedeutung haben. Ein Teil der Moorbirkenwälder in den Gebietsteilen "Fintlandsmoor" und "Dänikhorster Moor" gehört zum FFH-Lebensraumtyp 91D0 - Moorbirkenwald. Kleinere Moorbirkenwaldflächen befinden sich in Privateigentum.

Auf den Moorstandorten entwickeln sich natürlicherweise Birkenwälder. Daher ist die Umwandlung in Nadelwälder wie Fichte und Kiefer bzw. die Pflanzung nicht standortheimischer, gebietsfremder Pflanzen wie Douglasie, Roteiche, Rhododendron, Kirschlorbeer, oder von invasiven und potenziell invasiven Arten wie z. B. spät blühende Traubenkirsche, Kulturheidelbeere, Kolbenspiere, nicht zulässig. Diese Arten führen auch zur Verdrängung der standorttypischen Pflanzen und Tiere und deren Lebensgemeinschaften.

Freigestellt sind zudem die die Entnahme von standortfremden Gehölzen. Die vorherige Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde stellt sicher, dass diese Maßnahme auf den Schutzzweck des NSG abgestimmt ist.

Zu § 4 Absatz 5:

Die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd ist nach der NSG-Verordnung nicht verboten. Die Anlage von Wildäckern, Wildäsungsflächen und Futterplätzen im Schutzgebiet sind jedoch verboten, um das Einbringen standortfremder Pflanzen und den Eintrag von Nährstoffen über das Futter zu verhindern.

Die Neuanlage von jagdwirtschaftlichen Einrichtungen (z. B. die Anlage von Kunstbauten, Kastenfallen) oder die Errichtung von mit dem Boden fest verbundenen jagdwirtschaftlichen Einrichtungen (z. B. Hochsitze) kann zu Beeinträchtigungen führen. Die vorherige Beteiligung der zuständigen Naturschutzbehörde bei der Neuanlage stellt sicher, dass diese Maßnahmen mit dem Schutzzweck des Naturschutzgebietes abgestimmt werden und mit diesem vereinbar sind.

Zu § 4 Absatz 6:

Dieser Absatz dient der Klarstellung, dass eine Zustimmung nur erteilt werden kann, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen. Die Zustimmung sowie Rückmeldungen im Rahmen von Anzeigen können zur Gewährleistung der Vereinbarkeit mit dem Schutzzweck mit Regelungen zu Zeitpunkt, Ort und Ausführungshinweisen versehen werden, indem z. B. Arbeiten zum Schutz von Brutten nur außerhalb der Brut- und Setzzeit durchgeführt werden dürfen.

Zu § 4 Absatz 7:

Dieser Absatz dient der Klarstellung, dass bei Vorhandensein gesetzlich geschützter Biotope (§ 30 BNatSchG und § 24 NAGBNatSchG) die Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten (§ 44 BNatSchG) und weitergehende Vorschriften gelten, da durch die NSG-Verordnung bestehende gesetzliche Regelungen nicht ausgehebelt werden können.

Zu § 4 Absatz 8:

Bestehende Genehmigungen/Verwaltungsakte unterliegen dem Bestandsschutz.

Zu § 5: Befreiungen

Von den Verboten des § 3 der Verordnung kann auf entsprechenden Antrag eine Befreiung erteilt werden, wenn der Schutzzweck der Verordnung im Einzelfall durch eine an sich verbotene Handlung nicht erheblich beeinträchtigt wird.

Zu § 5 Absatz 1:

Es kann von den Verboten der Verordnung auf Antrag unter der Voraussetzung des § 67 BNatSchG i. V. m. § 41 Absatz 1 NAGBNatSchG von der zuständigen Naturschutzbehörde eine Befreiung erteilt werden. Es wird der Wortlaut des Gesetzes wiedergegeben.

Zu § 5 Absatz 2:

Für Pläne und Projekte kann eine Befreiung erteilt werden, wenn sie sich im Rahmen der Prüfung nach § 34 Absatz 1 BNatSchG i. V. m. § 26 NAGBNatSchG als mit dem Schutzzweck der Verordnung vereinbar erweisen oder die Voraussetzungen des § 34 Absatz 3 - 6 BNatSchG i. V. m. § 26 NAGBNatSchG vorliegen. Ein Plan oder ein Projekt darf dann nur zugelassen oder durchgeführt werden, soweit

1. zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art vorliegen und
2. zumutbare Alternativen, den mit dem Projekt verfolgten Zweck an anderer Stelle ohne oder mit geringen Beeinträchtigungen zu erreichen, nicht gegeben sind.

Zu § 6: Anordnungsbefugnis

Sind Natur oder Landschaft zerstört, beschädigt oder verändert worden, ohne dass eine entsprechende Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde vorliegt bzw. gegen die Anzeigepflicht oder gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung verstoßen wurde, kann eine Wiederherstellung des bisherigen Zustandes angeordnet werden. Es wird der Wortlaut des Gesetzes wiedergegeben.

Zu § 7: Pflege-, Entwicklungs-, Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

In Schutzgebietsverordnungen können, soweit dies für den Schutzzweck erforderlich ist, Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen aufgenommen werden. Diese Maßnahmen ergeben sich beispielhaft aus § 7 Absatz 2 der Verordnung. Die Benennung konkreter, aber nicht abschließender Pflege-, Entwicklungs-, Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen dienen der Verständigung und der Transparenz.

Zu § 7 Absatz 1:

Die Aufstellung von Tafeln zur erforderlichen Kennzeichnung des NSG ergibt sich aus § 22 Absatz 4 BNatSchG. Sie soll zur Wahrnehmung und Wiedererkennung des Schutzzweckes beitragen. Die Kennzeichnung der Wege, die Aufstellung von Schildern für weitere Informationen über das NSG sowie die Aufstellung von Hinweis- und Warntafeln aufgrund anderer Rechtsvorschriften ist erforderlich und daher zu dulden.

Zu § 7 Absatz 2 Pkt 1:

Wiedervernässungsmaßnahmen, z. B. durch Anstau von Gräben oder Abdichtungen bei Wasseraustritt, führen zu nassen, moorigen Standorten, die für den Erhalt und die Entwicklung von Moorwäldern (LRT 91D0) erforderlich sind.

Zu § 7 Absatz 2 Pkt. 2:

Abgetorfte Hochmoorflächen werden entsprechend genauer Untersuchungen vor Ort hergerichtet und entwickelt. Eine optimale Wiedervernässung führt zum Wachstum von Torfmoosen und eine langfristige Torfneubildung. Die Entwicklung einer weitgehend gehölzfreien Moorlandschaft mit hochmoortypischen Tier- und Pflanzenarten wird ermöglicht.

Zu § 7 Absatz 2 Pkt.3:

Dort, wo optimale Vernässungen nicht möglich sind, z. B. auf Verwallungen, in Sanddurchtragungen oder nicht mehr ausreichend vernässbaren Bereichen, kommt es verstärkt zu Gehölzwachstum. Die Gehölze können die hochmoortypischen Lebensgemeinschaften insbesondere durch Verschattung und Wasserentzug beeinträchtigen oder zerstören. Zur Entwicklung können Entkusselungsmaßnahmen, bei denen der Gehölzaufwuchs entfernt wird, erforderlich werden.

Zu § 7 Absatz 2 Pkt.4:

Nicht standortheimische Pflanzen wie Rhododendron und gebietsfremde Pflanzenarten wie Douglasie, Fichte und Schwarzkiefer behindern eine natürliche Entwicklung der Krautschicht. Die Entnahme dieser gebietsfremden Arten fördert die Entwicklung mooreigener Lebensgemeinschaften.

Nicht heimische Arten wie spätblühende Traubenkirsche und Kulturheidelbeere breiten sich stark aus und führen zu einer Gefährdung von Ökosystemen, Biotopen und Arten. Sie beeinträchtigen oder führen zum Verschwinden der heimischen, standortangepassten Lebensgemeinschaften. Der Ausbreitung dieser Arten ist entsprechend § 40 BNatSchG grundsätzlich entgegenzuwirken.

Zu § 7 Absatz 2 Pkt.5:

Alle signifikanten Lebensraumtypen des FFH-Gebietes sowie die charakteristischen Tier- und Pflanzenarten sind auf hohe Wasserstände und nährstoffarme Verhältnisse angewiesen. Entwässerung, Austrocknung, Verbuschung, Nährstoffeinträge aus der Luft und aus angrenzenden Nutzflächen führen zur Gefährdung dieser Lebensraumtypen. Auf den Flä-

chen dürfen daher keine landwirtschaftlichen Nutzungen durchgeführt werden. Stoffeinträge und Wasseraustritt sind zudem zu verhindern.

Zu § 7 Absatz 2 Pkt.6:

Die Beweidung als Pflegemaßnahme zur Offenhaltung der Moorlandschaft dient dem Erhalt und der Entwicklung hochmoortypischer Lebensgemeinschaften. Die Beweidung des Hochmoorgrünlandes in einer angepassten Art und Weise ermöglicht diese Erhaltung.

Zu § 7 Absatz 3:

Es werden die gesetzlichen Bestimmungen des BNatSchG und NAGBNatSchG zur Durchführung von Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen wiedergegeben.

Zu § 8: Umsetzung von Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

Für die Umsetzung von Natura 2000-Gebieten wird von der EU-Kommission eine verbindliche Maßnahmenfestlegung gefordert. Diesem Anspruch wird die Verordnung mit der Nennung des § 8 gerecht.

Ausführungen zu den einzelnen Ziffern sind in der Verordnung enthalten, auf die verwiesen wird.

Zu § 9: Ordnungswidrigkeiten

§ 43 Absatz 3 Nr. 1 NAGBNatSchG bezieht sich auf die in einer Verordnung verbotenen Handlungen, die das NSG oder einen seiner Bestandteile zerstören, beschädigen oder verändern. Alle Verstöße gegen die verbotenen Handlungen stellen eine Ordnungswidrigkeit dar, wenn dadurch das Gebiet zerstört, beschädigt oder verändert wurde. Durch den Bezug auf § 3 der Verordnung sind auch die nachhaltigen Störungen abgedeckt.

§ 43 Absatz 3 Nr. 7 NAGBNatSchG bezieht sich auf das Betreten außerhalb der Wege; diese ist eine Ordnungswidrigkeit auch ohne eine schädigende Auswirkung auf das Schutzgebiet. Die gesetzlichen Grundlagen sind im Wortlaut des Verordnungstextes enthalten.

Zu § 10: Inkrafttreten

Der Inhalt dient der Klarstellung des Zeitpunktes des Inkrafttretens dieser Verordnung. Gleichzeitig werden die bestehenden Naturschutzgebietsverordnungen aufgehoben.